

Internationale Konjunktur

Kräftiges Wachstum der Weltwirtschaft im abgelaufenen Jahr

Die Weltwirtschaft hat 1969 weiter rasch expandiert. Nach vorläufigen Schätzungen war das reale *Brutto-Nationalprodukt* aller OECD-Länder um 5% höher als ein Jahr zuvor. In den einzelnen Mitgliedsländern der OECD, die alle westlichen Industrieländer umfaßt, war die Zunahme unterschiedlich. Die Wirtschaft in den USA und in Großbritannien wuchs schwächer als im vorhergehenden Jahr. In beiden Ländern war dies die Folge restriktiver Wirtschaftspolitik, die den Preisauftrieb mildern und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen sollte. Die Abschwächung des Wachstums hat bisher weder in den USA noch in Großbritannien den Preisanstieg gedämpft, führte aber zu einer Verbesserung der Außenwirtschaftsrelationen in Großbritannien. In Japan dauerte der Boom nahezu ungebrochen an. Vollausslastung der Fertigungskapazitäten, eine Arbeitslosenquote von nur wenig mehr als 1%, verstärkter Preisauftrieb und hoher Handelsbilanzüberschuß kennzeichneten 1969 die Entwicklung in diesem aufstrebenden Industriestaat.

Brutto-Nationalprodukt

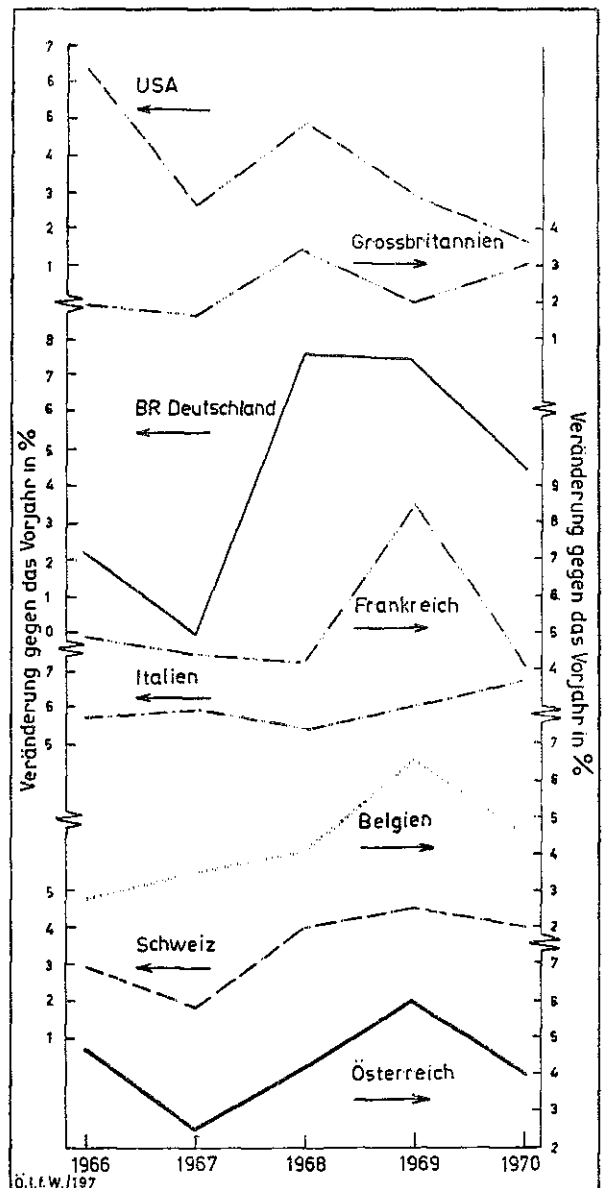
	1967	1968	1969 ¹⁾	1970 ¹⁾
	Schätzung Prognose			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
USA	2,7	4,9	3,0	1 ¹ / ₂
Kanada	2,8	4,7	4 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂
Japan	13,4	14,2	12,0	11 ¹ / ₂
Bundesrepublik Deutschland	-0,0	7,6	7 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
Frankreich	4,4	4,2	8 ¹ / ₂	4,0
Großbritannien	1,6	3,4	2,0	3,0
Italien	5,9	5,4	6,0	6 ¹ / ₂
Große Industrieländer	3,7	5,9	5,0	3¹/₂
Belgien	3,5	4,0	6 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
Dänemark	3,9	3,6	6 ¹ / ₂	4,0
Irland	4,1	4,9	4,0	4,0
Niederlande	5,6	6,2	4 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂
Norwegen	5,2	3,8	4 ¹ / ₂	5,0
Österreich	2,5	4,1	6,0	4,0
Schweden	2,4	3,3	5,0	4,0
Schweiz	1,9	4,0	4 ¹ / ₂	4,0
Kleine Industrieländer	3,6	4,3	5¹/₂	4,0
Sonstige OECD-Länder	4,9	5,1	7¹/₂	6¹/₂
OECD-Länder insgesamt	3,4	5,7	5,0	3¹/₂
davon Europäische OECD-Länder	2,8	5,0	6 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
EWG	3,1	5,8	7 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
EFTA	2,2	3,6	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂

Q: OECD, nationale und eigene Schätzung. — ¹⁾ Stand Ende November

In Westeuropa dürfte der jüngste Konjunkturaufschwung 1969 seinen Höhepunkt erreicht haben. Die Wirtschaftsexpansion war viel kräftiger als im anglo-amerikanischen Bereich. Die französische Wirtschaft erzielte die höchste Wachstumsrate der fünfziger und sechziger Jahre, die westdeutsche Wirtschaft wuchs

gleich stark wie 1968. Italiens Brutto-Nationalprodukt stieg trotz streikbedingter Wachstumseinbußen im Herbst rascher als in den vergangenen Jahren. Die günstige Wirtschaftsentwicklung in Westeuropa führte zu einer starken Ausweitung des innereuropäischen Handels. Daraus zogen auch die kleineren Industrieländer Nutzen, ihr Wachstum erhielt jedoch auch von ihrer Inlandsnachfrage starke Impulse.

Brutto-Nationalprodukt in wichtigen Ländern¹⁾



In den Jahren 1966 bis 1970 hat das Wirtschaftswachstum vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und in den USA stark geschwankt. Relativ gleichmäßig wuchs die Wirtschaft in Italien auf hohem Niveau und die Wirtschaft in Großbritannien auf niedrigem Niveau.

¹⁾ Stand Ende November

Industrieproduktion

	1967	1968	Veränderung gegen das Vorjahr in % ¹⁾				Veränderung gegen die Vorperiode in % ²⁾			
			1969				1969			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	Oktober	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	Oktober
USA	1 2	4 6	4 9	4 6	5 5	4 3	1 6	1 5	0 9	- 0 4
Kanada	1 9	5 4	9 0	5 2	3 4		2 0	- 0 6	- 1 0	
Japan	19 2	17 5	15 1	16 8	16 7		1 0	6 3	4 1	
Belgien	1 4	5 8	11 2	11 5	12 7 ³⁾		4 9	1 6		
Bundesrep. Deutschland	- 2 1	12 0	16 4	13 0	10 6		3 7	2 9	- 0 7	
Frankreich	2 3	5 0	9 1	31 0	9 1		- 0 7	2 2	0 0	
Großbritannien	0 0	5 3	5 0	4 2	3 6		0 0	1 6	0 0	
Italien	8 3	6 3	8 3	7 7	4 0		1 4	2 1	- 3 4	
Niederlande	4 9	10 9	13 0	11 2	10 5		1 3	3 3	3 2	
Norwegen	5 3	3 5	4 4	4 6	6 7	5 4	3 0	0 7	2 2	0 7
Österreich	0 8	7 2	11 2	10 8	11 5	11 8	4 7	3 7	2 9	
Schweden	3 0	5 3	10 4	9 7	9 7		1 4	2 8	4 1	
Schweiz	2 5	5 5	8 6	10 7			2 4	1 5		
OECD-Länder insgesamt	2 5	6 6	8 4	9 0			1 4	2 1	0 7	
Europäische OECD-Länder	1 5	7 3	10 4	13 4			1 5	2 2	0 7	

Q: Berechnet aus OECD, Main Economic Indicators. — ¹⁾ Unbereinigte Werte — ²⁾ Saisonbereinigte Werte. — ³⁾ Juli/August.

Die Produktionsausweitung konnte lange Zeit mit der Nachfrageexpansion Schritt halten. So erreichte die Industrieproduktion in den europäischen OECD-Ländern im 1. Halbjahr 1969 noch eine Zuwachsrate von mehr als 12%. Die bisher für die zweite Jahreshälfte vorliegenden Zahlen lassen jedoch eine Abschwächung vermuten. In den Ländern Westeuropas waren die vorhandenen technischen Kapazitäten meist voll ausgeschöpft. Durch die rege Investitionstätigkeit wurden zwar ständig neue Kapazitäten geschaffen, doch reichen sie nicht aus, die gesamte Nachfrage ohne Verzögerung zu decken.

In allen Staaten Westeuropas ergaben sich auf den *Arbeitsmärkten* Spannungen von unterschiedlicher Intensität. In der Bundesrepublik Deutschland kamen im Herbst auf einen Arbeitslosen acht offene Stellen. Frankreich hatte dagegen nur im Bereich qualifizierter Arbeitskräfte Engpässe. Das gleiche gilt für Italien. Hier konnten trotz stark steigendem Arbeitskräftebedarf in der Industrie und in den nachgeordneten Bereichen nicht alle in der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte sofort beschäftigt werden, da ihnen die nötige Qualifikation fehlt. Die Arbeitskraftreserven der kleineren Länder Westeuropas waren weitgehend ausgeschöpft. In den USA hat sich im Gegensatz zu Westeuropa die Zahl der Arbeitslosen infolge der Wachstumsdämpfung wieder etwas erhöht. Die Arbeitslage Großbritanniens hat sich seit dem Vorjahr nur wenig verändert. Die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt beschleunigte den *Lohnauftrieb* in Westeuropa. In den USA und in Großbritannien blieb er unvermindert kräftig. In den westeuropäischen Ländern erweiterte sich die Lohndrift beträchtlich; mit Ausnahme Frankreichs wurden dagegen erst relativ spät kräftige Erhöhungen der Tariflöhne gefordert. Mit dem Lohnauftrieb ging in der Bundesrepublik Deutschland die 1967 und 1968

herrschende Tendenz rückläufiger *Arbeitskosten* (je Produkteinheit) zu Ende. Auch in einigen anderen westlichen Industrieländern war eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. In den USA und in Großbritannien erhöhten sich die Arbeitskosten stärker als im Vorjahr, in Italien waren sie 1968 leicht rückläufig und 1969 stiegen sie wieder. Nur in Frankreich wuchsen die Arbeitskosten nicht mehr so kräftig wie 1968.

Arbeitsmarkt

	1967	1968	1969 ¹⁾			
			I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Okt.
1 000 Personen						
Arbeitslose						
USA	2 975	2 817	2 667	2 804	2 994	3 161
BR. Deutschland	460	324	205	161	162	151
Frankreich	196	254	226	224	229	217
Großbritannien	599	601	579	592	625	616
Italien ²⁾	689	694	791	603	628	
Niederlande	75	68	51	50	50	48
Österreich	66	72	72	69	66	66
Schweden	29	33	32	30	30	27
Offene Stellen ³⁾						
USA	360	374	371	382	350	329
BR. Deutschland	302	488	679	755	753	786
Frankreich	32	36	64	75	79	90
Großbritannien	250	271	295	283	279	286
Niederlande	68	77	95	101	109	118
Österreich	32	28	31	33	33	37
Schweden	33	36	47	56	58	65

Q: OECD Main Economic Indicators. — ¹⁾ Saisonbereinigt — ²⁾ Jeweils der erste Monat des Quartals. Unbereinigte Werte — ³⁾ Für Italien stehen keine Daten zur Verfügung.

Kostenauftrieb und Nachfrageexpansion wirkten sich auch auf die *Preisentwicklung* aus. Die Preise industrieller Erzeuger und die Großhandelspreise zogen in Westeuropa besonders kräftig an, der Anstieg der Verbraucherpreise beschleunigte sich. In den USA, Frankreich, Großbritannien und Japan steigen die Verbraucherpreise nach wie vor am stärksten. 1969

zählen auch die Niederlande zu dieser Ländergruppe. Kräftiger als im Vorjahr, aber noch immer geringer als in anderen Ländern, war die Verteuerung in der Bundesrepublik Deutschland, in Italien, in Schweden und in der Schweiz

Verbraucherpreise

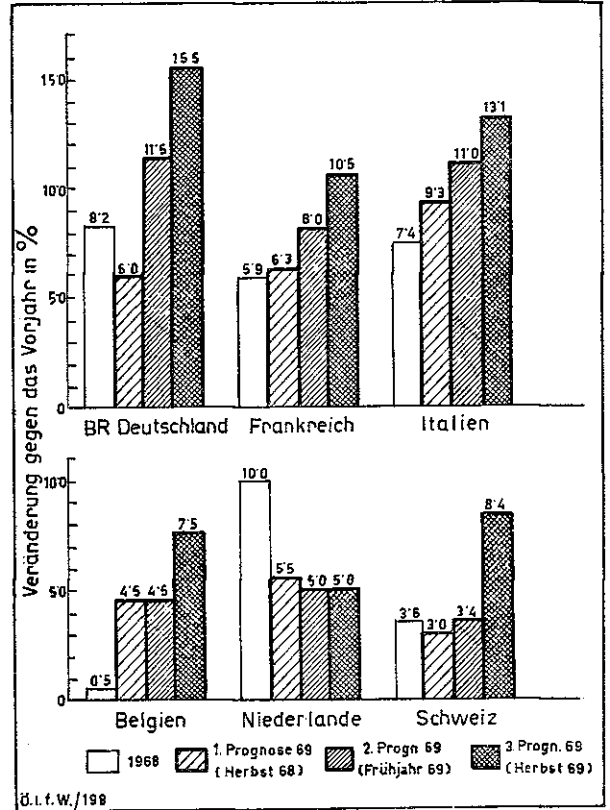
	1967	1968	1969			
			I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Okt
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
USA	2,8	4,2	4,7	5,5	5,7	5,6
Kanada	3,5	4,2	3,8	4,8	4,9	4,4
Japan	4,0	5,4	3,3	5,1	6,6	5,9
Belgien	2,9	2,7	3,1	3,8	3,9	3,9
Bundesrepublik Deutschland	1,5	1,8	2,3	2,6	2,7	2,8
Frankreich	2,7	4,6	5,6	6,4	6,3	5,7
Großbritannien	2,5	4,7	6,3	5,5	5,0	5,3
Italien	3,2	1,4	1,3	2,0	3,4	
Niederlande	3,4	3,7	7,5	8,1	7,2	7,2
Norwegen	4,4	3,5	2,5	3,3	3,3	3,2
Österreich	4,0	2,8	3,0	3,2	3,2	2,5
Schweden	4,3	1,9	2,0	2,4	2,9	2,9
Schweiz	3,9	2,5	2,4	2,6	2,7	2,3

Q: Berechnet aus OECD Main Economic Indicators.

Die Nachfrage in Westeuropa wurde in erster Linie von den Investitionen getragen. Vollauslastung der technischen Kapazitäten, Ausschöpfung des Arbeitsmarktes und günstige in- und ausländische Nachfrageerwartungen stimulierten in den meisten Ländern die Investitionsneigung. Daneben stiegen die Unternehmereinkommen konjunkturbedingt in den letzten beiden Jahren sehr rasch. Die restriktiven kreditpolitischen Maßnahmen, die in einigen Ländern vor allem aus außenwirtschaftlichen Gründen getroffen wurden, konnten daher den Investitionsspielraum nicht einengen. In den USA wuchsen die Investitionen ähnlich wie im Vorjahr kräftig, in Großbritannien dagegen war die Investitionsneigung nur gering. Der private Konsum wuchs in fast allen Ländern stärker als im Vorjahr, doch war die Belebung nicht so kräftig wie bei den Investitionen. Die öffentliche Nachfrage expandierte in den meisten Ländern nur schwach, die Budgetpolitik war vor allem in den USA, Großbritannien, Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland darauf gerichtet, Defizite abzubauen bzw. Überschüsse zu erzielen.

Der Welthandel erhielt von der innereuropäischen Nachfrageexpansion kräftige Impulse. Der Warenaustausch innerhalb Europas wuchs im 1. Halbjahr im Vergleich zum 2. Halbjahr 1968 mit einer Jahresrate von mehr als 20%. Im 2. Halbjahr dürfte sich das Wachstum kaum nennenswert abgeschwächt haben. Dämpfende Einflüsse auf den Welthandel gingen von der Außenhandelsentwicklung in den USA aus, wo vor allem die Importe nicht mehr so rasch zunahmten wie im Vorjahr und das Exportwachstum nicht weiter gesteigert werden konnte.

Brutto-Anlageinvestitionen, Revisionen der Prognose 1969



In nahezu allen Ländern Westeuropas war die Investitionsnachfrage im abgelaufenen Jahr viel kräftiger gestiegen, als man ursprünglich erwartet hatte. Die Prognosen der Konjunkturforschungsinstitute in den einzelnen Ländern mußten daher nach oben revidiert werden.

In Japan war ebenso wie in Westeuropa die Zunahme der Exporte überdurchschnittlich hoch. Auf Grund der rasch wachsenden Rohstoffnachfrage in den Industrieländern und steigender Rohstoffpreise stiegen auch die Exporterlöse der Entwicklungsländer kräftig. Diese Staaten konnten daher auch mehr Güter aus den Industrieländern importieren. Insgesamt wuchs der Welthandel 1969 entgegen den ursprünglichen Erwartungen wahrscheinlich noch kräftiger als 1968.

Investitionsboom in der Bundesrepublik Deutschland

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist 1969 viel rascher gewachsen, als vor Jahresfrist in nationalen und internationalen Prognosen erwartet worden war. Nach ersten Schätzungen wird die Wachstumsrate des realen Brutto-Nationalproduktes zumindest gleich hoch sein wie im Jahre 1968 (7,5%). Das gesamtwirtschaftliche Angebot erwies sich gegenüber der hohen In- und Auslandsnachfrage als bemerkenswert elastisch, doch sind Anspannungstendenzen unverkennbar. Die kräftige Investitionstätigkeit von 1968 und der In-

Einfuhr

	1967	1968	Veränderung gegen das Vorjahr in % ¹⁾				Veränderung gegen die Vorperiode in % ²⁾			
			1969				1969			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	Oktober	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	Oktober
USA	5.4	23.4	- 2.5	16.5	9.7	.	- 9.1	25.0	- 3.9	.
Kanada	8.0	13.7	16.3	19.2	16.3	7.8	5.9	0.6	- 1.2	- 4.2
Japan	22.5	11.4	9.7	10.6	22.4	23.5	- 0.2	0.2	17.2	- 1.7
Belgien	- 0.1	15.9	13.3	28.9	24.2	.	7.2	8.4	0.4	.
Bundesrep. Deutschland	- 3.7	16.1	20.9	26.9	19.6	30.6	9.3	5.4	2.0	12.7
Frankreich	4.4	12.7	21.6	50.7	16.8	19.0	0.8	11.1	- 1.0	2.0
Großbritannien	6.2	7.0	3.2	9.3	4.0	4.5	- 1.1	4.1	- 0.7	1.4
Italien	13.1	5.7	24.8	21.4	21.3 ³⁾	.	2.2	9.4	.	.
Niederlande	4.0	11.5	9.1	23.8	17.4	22.6	1.8	9.4	2.9	- 1.1
Norwegen	14.3	- 1.5	0.4	0.9	8.5	.	- 0.9	1.8	8.8	.
Österreich	- 0.8	8.1	4.3	16.7	13.9	21.0	4.8	6.4	4.3	.
Schweden	2.8	8.9	8.1	21.8	16.6	11.6	2.3	10.4	2.8	- 8.8
Schweiz	4.5	9.5	9.9	19.7	17.0	18.9	- 1.3	8.9	4.4	7.7
OECD-Länder insgesamt	5.2	12.8	10.4	20.6	14.9	.	0.6	9.3	1.3	.
Europäische OECD-Länder	3.2	10.0	13.7	23.4	15.5	.	3.0	7.2	1.4	.

Q: Berechnet aus OECD Main Economic Indicators. — ¹⁾ Unbereinigte Werte — ²⁾ Saisonbereinigte Werte — ³⁾ Juli/August

Ausfuhr

	1967	1968	Veränderung gegen das Vorjahr in % ¹⁾				Veränderung gegen die Vorperiode in % ²⁾			
			1969				1969			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	Oktober	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	Oktober
USA	4.2	9.1	- 5.5	18.8	10.7	.	- 10.9	29.4	0.8	.
Kanada	10.5	19.0	15.2	8.7	6.2	7.5	5.7	- 2.9	0.6	- 1.5
Japan	6.8	24.2	28.4	22.3	25.2	20.6	7.8	5.2	5.1	- 4.3
Belgien	3.0	16.0	17.1	23.5	24.7	.	6.5	5.9	5.2	.
Bundesrep. Deutschland	8.0	14.3	9.8	24.9	15.8	23.2	- 6.3	12.5	3.5	11.2
Frankreich	4.4	11.6	12.0	46.5	4.1	11.4	4.7	7.4	- 5.2	9.1
Großbritannien	- 2.0	6.8	6.3	18.5	16.5	15.4	- 0.6	5.4	7.0	- 0.5
Italien	8.3	17.0	19.1	24.9	18.4 ³⁾	.	4.1	8.5	.	.
Niederlande	8.0	14.5	14.0	24.3	19.6	23.1	4.2	7.7	3.4	5.0
Norwegen	11.1	11.6	23.2	14.5	15.6	.	9.2	- 3.7	- 0.5	.
Österreich	7.4	9.9	17.1	19.5	25.9	25.9	5.1	3.8	6.7	.
Schweden	6.0	9.0	13.1	18.0	11.1	8.6	13.0	- 0.9	3.4	- 1.7
Schweiz	6.7	14.8	15.5	18.1	14.8	17.3	3.7	5.5	2.6	2.5
OECD-Länder insgesamt	5.5	12.8	9.8	22.0	14.4	.	- 0.1	10.6	1.6	.
Europäische OECD-Länder	5.3	12.1	12.2	25.0	15.2	.	1.6	7.7	1.7	.

Q: Berechnet aus OECD, Main Economic Indicators. — ¹⁾ Unbereinigte Werte. — ²⁾ Saisonbereinigte Werte — ³⁾ Juli/August

vestitionsboom im abgelaufenen Jahr haben die technischen Kapazitäten beträchtlich ausgeweitet. Die Arbeitsproduktivität stieg um 6½%. Das heimische Arbeitskräfteangebot wurde voll ausgeschöpft, daneben wurden in möglichst hohem Umfang ausländische Arbeitskräfte herangezogen. (Ende September 1.5 Mill., über 400.000 mehr als ein Jahr zuvor). Die Zahl der offenen Stellen lag im September (833.000) um 37% über dem hohen Vorjahreswert. Die zunehmende Verringerung der Angebotselastizität läßt sich auch an den Zuwachsraten der Industrieproduktion erkennen. Die Zuwachsraten gegen das Vorjahr betragen in den ersten drei Quartalen 16.4%, 13%, 10.8%, die gegen das Vorquartal (saisonbereinigt) 3.7%, 2.9%, -0.7%. Analog zu dieser Entwicklung stiegen die Auftragsbestände und verlängerten sich die Lieferfristen. Der Preisauftrieb beschleunigte sich im Laufe des Jahres. So stieg die Zuwachsrate der industriellen Erzeuger-

preise gegen den Vormonat von 0.2% im Mai auf 0.6% im September. Der Anstieg der Verbraucherpreise in den ersten drei Quartalen war mit einer Jahresrate von 2.5% wohl kräftiger als im Vorjahr, liegt jedoch im internationalen Vergleich im unteren Drittel.

Die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt hat sich zunächst in einer Vergrößerung der Lohndrift ausgewirkt. Die Tariflöhne folgten mit einiger Verzögerung. Die gesamte Netto-Lohn- und -Gehaltssumme dürfte 1969 um 10½% gestiegen sein (1968: 5½%). Berücksichtigt man die Entwicklung der Transfer-einkommen und der Selbständigeneinkommen, die für Konsumzwecke aufgewendet werden, so standen über 10% mehr an persönlichen Einkommen zur Verfügung als im Vorjahr. Der private Konsum wird dementsprechend kräftiger gestiegen sein als im Vorjahr (7½% nach 3½%).

Beträchtlich rascher wuchsen die Brutto-Anlageinvestitionen. Man erwartet 1969 eine reale Zuwachsrate von fast 16%. Diese steile Expansion wurde vor allem von den Ausrüstungsinvestitionen getragen, die Bauinvestitionen belebten sich nur mäßig. Das kräftige Investitionswachstum wurde durch den dringlichen Erweiterungsbedarf der Produktion ange-regt und vor allem durch die Finanzkraft der Unter-nehmer ermöglicht. Die Netto-Einkommen aus Un-ternehmertätigkeit und Vermögen waren 1968 um 23½% und 1969 noch um 8½% gestiegen. Zu den günstigen Eigenfinanzierungsmöglichkeiten trat die bis zur DM-Aufwertung extrem hohe Liqui-dität des westdeutschen Kreditapparates, die groß-teils durch Außenhandelsüberschüsse und Kapital-zuflüsse im Zusammenhang mit der Aufwertungs-spekulation entstanden war.

Die Importnachfrage beschleunigte sich zwar kräf-tig, doch wuchsen auch die Exporte etwas rascher als im Vorjahr. Der Handelsbilanzüberschuß verrin-gerte sich daher in den ersten neun Monaten 1969 nur von 11,9 Mrd. DM in der gleichen Periode des Vorjahres auf 10,6 Mrd. DM. Die Wirkung des in-zwischen aufgehobenen Gesetzes über die außen-wirtschaftliche Absicherung dürfte minimal gewesen sein, die Hauptursache des stärkeren Importwachs-tums war der Importsog der Konjunktur. Bei der Be-urteilung der steuerlichen Außenhandelsmaßnahmen ist allerdings zu berücksichtigen, daß sie für eine ernsthafte Analyse zu kurz in Kraft waren. Die DM-Aufwertung¹⁾ vom 24. Oktober 1969 konnte sich auf die Entwicklung der Außenhandelsströme in den letzten beiden Monaten des abgelaufenen Jahres noch nicht auswirken. Unmittelbar nach der DM-Aufwertung setzte ein starker Kapitalabfluß ein, der die Deutsche Bundesbank veranlaßte, die Mindestreservenbestimmungen etwas zu lockern, um die entstandene Liquiditätslücke teilweise zu über-brücken.

1970 wird die Investitionsnachfrage nicht mehr so rasch wie 1969, aber immer noch kräftig steigen. Der bereits im abgelaufenen Jahr zu beobachtende Kostenauftrieb besonders der Arbeitskosten je Produkteinheit wird sich beschleunigen und den Finanzierungsspielraum der Investitionen einengen. Die Netto-Lohn- und -Gehaltssumme wird etwa gleich stark steigen wie 1969. Eine Dämpfung des Wachs-tums der privaten Konsumausgaben ist kaum zu er-warten. Das Exportwachstum wird sich dagegen etwas abschwächen. Die Wirtschaftsentwicklung in den USA und in Großbritannien wird der Ausfuhr keinen Auftrieb geben. Auswirkungen der DM-Aufwertung werden wahrscheinlich erst im 2. Halb-

jahr 1970 zu erkennen sein. In realen Größen wird sich der deutsche Außenbeitrag kräftiger vermin-dern als im abgelaufenen Jahr. Der Leistungsbilanz-überschuß wird aber noch immer außergewöhnlich hoch sein, da ihm die nominelle Entwicklung zu-grunde liegt.

Mäßiges Wachstum in den USA

In den *Vereinigten Staaten* schwächt sich das Wirt-schaftswachstum weiter ab. Das reale Brutto-Natio-nalprodukt wächst gegenwärtig mit einer Jahresrate von weniger als 2%, im 1. Halbjahr lag die Rate noch nahe an 3%. Die Wachstumsdämpfung seit dem Herbst 1968 wurde verursacht durch eine kräf-tige Einschränkung der Bundesausgaben, eine Ver-ringerung des Wohnbauvolumens und den Rückgang der privaten Nachfrage nach einigen dauerhaften Konsumgütern (Personenkraftwagen). Der Bund er-zielte im Fiskaljahr 1968/69 einen Überschuß von fast 5 Mrd. \$ und beendete damit eine Periode un-gewöhnlich hoher Budgetdefizite (seit 1965). Im lau-fenden Fiskaljahr 1969/70 soll ein ähnlich hoher Überschuß erreicht werden. Die Bundesstaaten und Gemeinden verfolgen weiterhin eine Politik kräf-tiger Ausgabensteigerungen, doch werden sie dabei durch das hohe Zinsniveau begrenzt. Mehrere Staa-ten haben gesetzliche Zinshöchstgrenzen und kön-nen daher Anleihen nicht im erwünschten Ausmaß placieren.

Das Wohnbauvolumen war im Sommerhalbjahr um 1% geringer als im gleichen Zeitraum des Vor-jahres. Darin dürfte die starke Zinsabhängigkeit des privaten Wohnbaues, der in den USA dominiert, zum Ausdruck kommen. Die Investitionstätigkeit in den übrigen Wirtschaftsbereichen wurde dagegen vom hohen Zinsniveau zunächst nur wenig berührt. Die amerikanischen Unternehmer konnten lange Zeit ihre Investitionen aus hohen Gewinnen finanzieren oder waren im Falle der Fremdfinanzierung bereit, höhere Investitionskosten in Kauf zu nehmen. Die schon längere Zeit verfolgte restriktive Wirtschafts-politik scheint nun auch den Optimismus der Un-ternehmer zu dämpfen, darüber hinaus verringern sich im Zusammenhang mit der allgemeinen Wachs-tumsdämpfung die Gewinne. Investitionstestbefra-gungen zeigen Revisionen der Investitionspläne nach unten. Im Jahresdurchschnitt werden die gesamten privaten Brutto-Anlageinvestitionen noch um 5% ge-wachsen sein, nach 5½% 1968. Die Ausgaben der privaten Konsumenten sind im laufenden Jahr wohl noch kräftig gewachsen, aber nicht mehr so stark wie 1968 (3½% nach 5%), da auch die verfügbaren persönlichen Einkommen nicht im gleichen Ausmaß zunahmen wie ein Jahr vorher. Die Sparquote, die zu Jahresbeginn mit 5,3% einen Wert erreichte, der

¹⁾ Näheres siehe hierzu „Die Aufwertung der D-Mark und die Folgen für Österreich“, Monatsberichte, Jg. 1969, Heft 11, S. 450 ff.

weit unter dem langfristigen Durchschnitt lag, ist nicht weiter gesunken. Die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität spiegelt sich im verstärkten, zum Teil unfreiwilligen Lageraufbau.

Von der Abschwächung des Wirtschaftswachstums nahezu unberührt blieb bisher der Auftrieb der Verbraucherpreise. Die Steigerung gegen das Vorquartal war im III. Quartal mit einer Jahresrate von 5,6% nur wenig geringer als im vorhergehenden Quartal (7,2%). Ähnliches gilt für den impliziten Preisdeflator des Brutto-Nationalproduktes, der im Jahresdurchschnitt um fast 5% stieg. An der Preisentwicklung 1969 ist ersichtlich, daß sich der Fortpflanzungseffekt restriktiver Wirtschaftspolitik nur langsam durchsetzt. Der kräftige Preisauftrieb wird sich erst dann abschwächen, wenn die privaten Konsum- und Investitionsausgaben stärker eingeschränkt werden als bisher. Es ist daher zumindest bis Mitte nächsten Jahres nicht zu erwarten, daß das Federal Reserve Board seine restriktive Kreditpolitik lockert und damit zu einer Senkung der außergewöhnlich hohen Zinssätze beiträgt.

Die Beurteilung der Außenhandelsentwicklung wird durch den langanhaltenden Döckerstreik im I. Quartal erschwert, der die Exporte etwas stärker beeinträchtigt haben dürfte als die Importe. Für das ganze Jahr 1969 ist mit einem etwa gleich hohen Wachstum der Exporte und Importe zu rechnen wie im Vorjahr. Der Handelsbilanzüberschuß betrug in den ersten neun Monaten 856 Mill. \$, im Vergleichszeitraum des Vorjahres 753 Mill. \$. Eine Rückkehr zu den früheren hohen Überschüssen scheint daher heuer ausgeschlossen zu sein. Der Überschuß 1968 hatte nur knapp mehr als 20% des durchschnittlichen Überschusses in den Jahren 1965 bis 1967 erreicht.

Der Kapitalverkehr entwickelte sich uneinheitlich. Amerikanische Banken versuchten das Kreditvolumen durch kurzfristige Verschuldungen auf dem Eurodollarmarkt zu erweitern. Die Folge waren hohe Zinssätze auf diesem Markt, die wieder Anreiz für amerikanische Anlagen boten. Das Einströmen kurzfristigen Kapitals war jedoch viel stärker als der Abfluß. Im III. Quartal waren beide Entwicklungen rückläufig, nicht zuletzt auf Grund offizieller „Empfehlungen“. Kräftigere Direktinvestitionen im Ausland, geringere Anlagen von Ausländern in amerikanischen Wertpapieren verschlechterten die langfristige Kapitalbilanz.

Die Prognose für das kommende Jahr unterstellt die Annahme, daß das Fiskalprogramm der Regierung (Verminderung des Einkommensteuerschlages von 10% auf 5%, Abschaffung des Steuerrabattes bei Investitionen) ab 1. Jänner in Kraft tritt. Das persönliche disponible Einkommen wird dann durch

die Verringerung des Steuerzuschlages erhöht, durch die wahrscheinlich steigende Arbeitslosenrate aber gedrückt werden. Das Wachstum der privaten Konsumnachfrage wird sich somit insgesamt nur wenig ändern. Die private Investitionstätigkeit wird bei Fortführung der restriktiven Kreditpolitik stagnieren. Eine Milderung des Preisauftriebes ist zu erwarten. Unsicher ist jedoch, ob sie so rechtzeitig eintritt, daß die restriktive Wirtschaftspolitik noch zu einem Zeitpunkt korrigiert werden kann, in dem die Dämpfung der Wirtschaftsaktivität ein erträgliches Ausmaß noch nicht überschritten hat. Im 1. Halbjahr 1970 wird das reale Brutto-Nationalprodukt voraussichtlich nur mit einer Jahresrate von 1/2% bis 1% wachsen.

Besserung der Außenwirtschaftslage in Großbritannien

In Großbritannien wurde das mäßige Wachstum des Brutto-Nationalproduktes im 1. Halbjahr (Jahresrate von +1/2% verglichen mit dem 2. Halbjahr 1968) und das etwas kräftigere im 2. Halbjahr (+2%) vor allem von der Auslandsnachfrage gestützt. Die Dämpfung der Inlandsnachfrage war im 1. Halbjahr besonders ausgeprägt. Das war zum Teil Folge von Vorkäufen Ende 1968 wegen erwarteter Steuererhöhungen. Seit dem Sommer hat sich das Wachstum der Inlandsnachfrage etwas beschleunigt. Der private Konsum hat im laufenden Jahr nur um etwa 1/2% zugenommen nach 2 1/2% im Jahre 1968. Die Lohnsteigerungsraten waren etwas weniger steil als im vergangenen Jahr, so lagen etwa die Stundenverdienste in der Industrie im September nur um 5,6% über dem Wert des gleichen Vorjahresmonates. 1968 betrug die Rate 8%. Außerdem können Raten-geschäfte nur zu sehr ungünstigen Bedingungen abgeschlossen werden. Schwach entwickelte sich im abgelaufenen Jahr auch die Investitionstätigkeit (1/2% nach 3 1/2% im Jahre 1968). Dafür waren verschiedene Gründe maßgebend: Rationalisierungsinvestitionen sind wegen des reichlichen Arbeitsangebotes kaum erforderlich, höhere Arbeitskosten konnten bisher auf die Preise überwältzt werden. Die geringe Kapazitätsauslastung (mit Ausnahme einiger exportorientierter Unternehmungen) zwingt darüber hinaus nicht zu Erweiterungsinvestitionen. Schließlich sind auch von der Finanzierungsseite Grenzen gesetzt. Die britischen Geschäftsbanken haben mit Wirkung vom 1. Oktober ihre Soll-Zinssätze abermals erhöht, um den Bestimmungen über den Kreditplafond gerecht zu werden. Der Zinssatz beträgt für erstklassige Bankkunden 9%, für sonstige Kreditnehmer zwischen 10% und 11%. Von der öffentlichen Nachfrage gehen keine Auftriebstendenzen aus. Das Budget für das Fiskaljahr 1969/70 ist stark restriktiv und wird voraussichtlich mit einem

beträchtlichen Überschuß schließen. Der Lageraufbau war nur im I. Quartal auf Grund von Sonderfaktoren besonders kräftig. Die Dämpfung der Inlandsnachfrage hat bisher den Preisauftrieb noch nicht gemildert. Im III. Quartal lag der Index der Verbraucherpreise um 5% über dem Wert des gleichen Vorjahresquartals.

Die Außenhandelsergebnisse waren im 1. Halbjahr durch den amerikanischen Dockerstreik etwas verzerrt. Schaltet man diesen Sondereinfluß aus, so ergibt sich für 1969 eine Außenhandelsentwicklung, die — falls sie längere Zeit anhält — zu einer Lösung der Zahlungsbilanzprobleme führen könnte. Zwei Faktoren trugen zu einer Besserung der Zahlungsbilanz bei: Spätfolgen der Abwertung 1967 und Verflachung der Inlandsnachfrage. Erstmals seit mehreren Jahren ist es der Wirtschaftspolitik gelungen, das Wachstum der Inlandsnachfrage so klein zu halten, daß von ihm keine kräftigen Impulse auf die Importe ausgehen. Die Abwertung vom November 1967 hatte zwar schon früher den kräftigen Zuwachs der realen Importe und die Schrumpfung der realen Exporte relativ rasch bremsen können, die ungünstige Entwicklung der nominellen Größen setzte sich jedoch als Folge der Verschlechterung der Austauschverhältnisse zunächst weiter fort. Erst durch das Zusammenwirken mit der Dämpfung der Inlandsnachfrage zeichnete sich 1969 eine Erleichterung des Zahlungsbilanzproblems ab. Damit in der Importnachfrage nicht neuerlich expansive Kräfte ausgelöst werden, wurden die Importdepositen (mit einem leicht verminderten Satz) und die 50-£-Jahreshöchstgrenze bei Devisenzuteilung für private Auslandsreisen beibehalten.

Die Inlandsnachfrage wird im kommenden Jahr wieder etwas kräftiger wachsen. Wahrscheinlich wer-

den die Löhne stärker steigen. Unter der Annahme, daß keine neuen steuerlichen Maßnahmen getroffen werden, dürfte der private Konsum etwa im Ausmaß des Jahres 1968 wachsen. Die Entwicklung der Investitionen läßt sich schwer abschätzen. Die Investitionsneigung könnte vor allem in den exportorientierten Zweigen steigen, da in diesen Bereichen Kapazitätsengpässe zu erwarten sind. Hält die günstige Entwicklung der Zahlungsbilanz an, so ist in allen Bereichen mit einer optimistischeren Einstellung zu rechnen. Auch von hier kann die Investitionstätigkeit stärkere Impulse erhalten. Mit einiger Wahrscheinlichkeit läßt sich jedoch voraussagen, daß die Stärkung der Inlandsnachfrage nicht ein Ausmaß erreicht, das ein neuerliches kräftiges Ansteigen der Importe nach sich ziehen würde. Die Exporte Großbritanniens werden zwar von der erwarteten Abschwächung des Welthandels beeinträchtigt werden, doch kann man trotzdem mit einer Exportzuwachsrate rechnen, die beträchtlich über der Importzuwachsrate liegen wird. Damit würde sich die außenwirtschaftliche Lage auch im kommenden Jahr bessern.

Frankreichs Zahlungsbilanzprobleme noch ungelöst

Die französische Wirtschaft wuchs im abgelaufenen Jahr unter allen westeuropäischen Staaten am kräftigsten. Real wird das Brutto-Nationalprodukt um 8½% höher sein als 1968. Hauptursache war eine in diesem Ausmaß nicht erwartete Zunahme der Inlandsnachfrage, insbesondere der Investitionstätigkeit. Ein Teil des außergewöhnlich starken Wachstums geht darauf zurück, daß im Vorjahr auf Grund der Sozialkonflikte im Frühjahr Wachstumseinbußen erlitten wurden. So lag die Industrieproduktion im II. Quartal 1969 um 31% über dem Wert des gleichen Quartals des Vorjahres, im Juli und August betrug die Steigerungsrate 9%. Im Vergleich zu den Vormonaten stagnierte die Industrieproduktion saisonbereinigt vom April bis August auf hohem Niveau.

Der Investitionsboom im Ausmaß einer realen Steigerungsrate von fast 10% hat verschiedene Ursachen. Steiler Produktivitätsanstieg und rasch wachsende Produktion im 2. Halbjahr 1968 ließen, obwohl sich auch die Arbeitskosten kräftig erhöhten, die Gewinne überdurchschnittlich steigen. Auch günstige Nachfrageerwartungen wirkten sich auf die Investitionstätigkeit positiv aus. Im ebenfalls rasch wachsenden privaten Konsum (+7%) spiegelt sich der steile Anstieg der verfügbaren Einkommen, die nominal um fast 13% zunahmen. Ein großer Teil dieser Zunahme ging den Konsumenten jedoch durch den Preisauftrieb verloren, so daß auch die Sparquote etwas zurückging (14,6% des verfügbaren Einkommens im Jahre 1969 nach 15,3% 1968). Lohn- und

Veränderungsraten im britischen Außenhandel

Nominelle Rate gegen Vorjahr bzw. Vorjahresquartal	Exporte	Importe
1967	- 0,4	8,0
1968	22,8	22,8
1969 ¹⁾	13,0	5,0
I. Quartal	6,4	3,3
II	18,1	9,3
III	16,0	4,2
1970 ²⁾	9,0	6,0
Reale Rate gegen Vorjahr bzw. Vorjahresquartal		
1967	- 1,7	8,2
1968	14,3	10,6
1969 ¹⁾	9,5	2,5
I. Quartal	0,7	- 0,7
II	14,2	5,6
III	13,6	1,4
Reale Rate gegen Vorquartal (saisonbereinigte Werte)		
I. Quartal	- 1,4	- 1,4
II	5,0	2,7
III	6,8	- 1,3

Q: Monthly Digest of Statistics — ¹⁾ Schätzungen — ²⁾ Prognose

Preisaufrtrieb waren besonders kräftig, die Löhne stiegen in den ersten neun Monaten mit einer Jahresrate von mehr als 8%, die Verbraucherpreise mit einer Jahresrate von 6%. Der implizite Preisindex des Brutto-Nationalproduktes war 1969 um 6 1/2% höher als im Vorjahr; diese Rate war höher als in allen anderen westlichen Industrieländern.

Die Ausweitung der Inlandsnachfrage wirkte sich auch auf die außenwirtschaftliche Lage aus. Die Importe stiegen viel rascher als die Exporte, obwohl auch sie kräftig expandierten. Ein hohes Handelsbilanzdefizit im 1. Halbjahr verschärfte die ohnedies prekäre Zahlungsbilanzlage, die sich durch Kapitalabflüsse nach dem Sozialkonflikt im Frühjahr 1968 und durch verschiedene Wellen der DM-Aufwertungsspekulation verschlechtert hatte. Devisenbewirtschaftung half, weitere kräftige Kapitalabflüsse zu vermeiden, doch wurde das Vertrauen in den Franc im internationalen Kapitalverkehr schließlich auch wegen der konjunkturellen Überhitzungserscheinungen nicht wieder gewonnen. Zur Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes wurde im Sommer und Frühherbst ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen beschlossen. Am 8. August wurde die Parität des Francs zum Dollar um 11 1/2% verringert. Die öffentliche Nachfrage, bis dahin ein bedeutender Expansionsfaktor, wurde kräftig eingeschränkt. Das Budgetdefizit 1969 wurde zum zweitenmal in diesem Jahr reduziert, für 1970 sieht das Budget sogar einen geringen Überschuß vor. Der private Konsum und die Investitionstätigkeit sollen durch eine restriktive Kreditpolitik eingedämmt werden. Der Diskontsatz wurde Anfang Oktober auf 8% erhöht, den Kreditinstituten wurden quantitative Beschränkungen auferlegt. Zur Abschöpfung kaufkräftiger Nachfrage wurden neue Sparanreize geschaffen.

Die verschiedenen Maßnahmen konnten die Außenhandelsergebnisse für 1969 nicht mehr positiv beeinflussen. Zunächst stellt sich eher eine negative Wirkung ein, da sich als unmittelbare Folge der Abwertung die terms of trade verschlechtern. Das englische Beispiel zeigt außerdem, daß die erwünschten Abwertungsfolgen erst langfristig eintreten und eine Begrenzung des Anstieges der Exportpreise sowie eine kräftige Dämpfung der Inlandsnachfrage voraussetzen. Der Vergleich mit Großbritannien ist allerdings nur bedingt möglich. Das französische Handelsbilanzdefizit hat in erster Linie konjunkturelle Ursachen, in Großbritannien sind mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Strukturschwächen von Bedeutung. In Frankreich ist daher das für die Dämpfung der Inlandsnachfrage notwendige Ausmaß vermutlich etwas geringer als in Großbritannien.

Unter den einzelnen Komponenten der Inlandsnachfrage wird sich das Wachstum der Investitionen im kommenden Jahr voraussichtlich etwas kräftiger abschwächen als jenes des privaten Konsums. Dazu könnten die Fortsetzung der restriktiven Kreditpolitik, Steuererhöhungen und die weniger günstigen Nachfrageerwartungen führen. Werden die getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen fortgeführt, so kann damit gerechnet werden, daß der französische Außenhandel bereits im 2. Halbjahr 1970 Überschüsse erzielt.

Rasches Wirtschaftswachstum und Sozialkonflikte in Italien

Italiens Wirtschaftswachstum beschleunigte sich im abgelaufenen Jahr. Wie in den meisten anderen westeuropäischen Ländern, gingen von der Inlandsnachfrage kräftige Impulse aus, aber auch die Exporte expandierten weiter. Die Sozialkonflikte im Herbst haben den Auftrieb bisher nicht entscheidend geschwächt, doch ergeben sich Wachstumseinbußen. Nach der ursprünglichen Prognose war ein reales Wachstum des Brutto-Nationalproduktes von 7% erwartet worden, es wird sich voraussichtlich auf 6% verringern. (Eine pessimistische Schätzung des italienischen Arbeitsministers nimmt nur noch eine Wachstumsrate von 4 1/2% an) Stärker wird sich die Streikwelle im Wachstum der Industrieproduktion auswirken. Obwohl für den Herbst noch keine statistischen Daten vorliegen, wird das Wachstum doch beträchtlich geringer sein als in den vorhergehenden Monaten. Von Jänner bis August war die Industrieproduktion mit einer Jahresrate von 8% gewachsen.

Weder die außenwirtschaftliche Lage noch die Preis- und Lohnentwicklung machten in Italien restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen erforderlich. Von der öffentlichen Nachfrage gingen daher starke Impulse auf das Wirtschaftswachstum aus. Zum Anstieg des privaten Konsums (+6% gegen das Vorjahr) tragen kräftige Zunahme der Transferinkommen (Pensionen), Rückgang der Arbeitslosigkeit und Verstärkung des Lohnauftriebes bei. Die Investitionstätigkeit (+10% gegen das Vorjahr) wurde stimuliert durch die günstigen Wirtschaftsaussichten, steigende Gewinne und ein niedriges Zinsniveau. Der Preisaufrtrieb, der 1968 ungewöhnlich mäßig war, hat sich wieder etwas beschleunigt. Die Inflationsrate liegt jedoch weit unter den Spitzenwerten der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Der implizite Preisindex des Brutto-Nationalproduktes ist im abgelaufenen Jahr um etwa 3% gestiegen, der Index der Verbraucherpreise lag im III. Quartal um 3 4/4% über dem Vorjahreswert (I. Quartal 1 3/4%, II. Quartal 2 0/4%). Die automatische Anpassung der Löhne

an höhere Lebenshaltungskosten und die erste Etappe der Beseitigung unterschiedlicher Mindestlöhne in den einzelnen Regionen beschleunigte den Lohnauftrieb.

Der kräftige Anstieg der Inlandsnachfrage spiegelt sich auch in der Außenhandelsentwicklung. Nach vorläufigen Schätzungen hat Italien 1969 um 23% mehr importiert als im Vorjahr (1968: +6%). Daneben wuchsen aber auch die Exporte rascher (22% nach 17%). Die Leistungsbilanz wird etwa mit einem gleich hohen Überschuß abschließen wie im Vorjahr, da die Zunahme der Netto-Einkommen aus Dienstleistungen den Rückgang des Handelsbilanzüberschusses gerade wettmachen dürfte. Ungünstiger als im Vorjahr wird die Kapitalbilanz abschließen, da sich auch unabhängig von der DM-Spekulation der Kapitalabfluß sehr verstärkte

Unter der Annahme, daß sich die gegenwärtigen Sozialkonflikte nicht im gleichen Ausmaß fortsetzen, ergibt sich für Italiens Wirtschaft im kommenden Jahr folgendes Bild: das Wachstum der Inlandsnachfrage wird sich noch beschleunigen, die öffentliche Nachfrage wird weiter expansiv sein, Lohnerhöhungen nach Beendigung der Sozialkonflikte und kräftig steigende Transfereinkommen werden den privaten Konsum stimulieren. Diese günstigen Nachfrageerwartungen werden sich auch auf die Investitionspläne positiv auswirken. Rückwirkungen auf das Preisgefüge werden nicht ausbleiben, doch hat Italien hier noch genug Spielraum, daß seine internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährdet erscheint. Auf Grund der erwarteten Abschwächung des Welthandels werden jedoch die Exporte weniger rasch wachsen als im abgelaufenen Jahr.

Rasches Wachstum auch in den kleinen Industrieländern

Die kräftige innereuropäische Handelsausweitung stimulierte im abgelaufenen Jahr die Konjunktur in den kleineren europäischen Industriestaaten. Die Inlandsnachfrage belebte sich mit unterschiedlicher Intensität. In *Belgien* wurde vor allem die Investitionstätigkeit kräftig ausgeweitet. Die Brutto-Anlageinvestitionen wuchsen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 7% (1968: 1/2%), der private Konsum dagegen nur etwa gleich stark wie 1968 (5%). Trotz hohem Produktionszuwachs war auch eine kräftige Steigerung der Importe (Jänner bis August +21% gegen das Vorjahr) notwendig, um die Nachfrage befriedigen zu können. Die Verbraucherpreise erhöhten sich in den einzelnen Quartalen mit steigenden Raten (3,1%; 3,8%; 3,9%). Die Einführung des Mehrwertsteuersystems, ursprünglich für den 1. Jänner 1970 geplant, wurde um ein Jahr verschoben, um zusätzliche Preisauftriebstendenzen zu vermei-

den. Die *Niederlande* befanden sich 1969 in einer späteren Konjunkturphase als die meisten übrigen europäischen Länder. Das Wachstum der Inlandsnachfrage war bereits 1968 sehr kräftig und schwächte sich heuer etwas ab (privater Konsum 1968: 5,5%, 1969: 3%, Brutto-Anlageinvestitionen 1968: 10%, 1969: 5%), der Preis- und Kostenauftrieb setzte früher ein. Die Einführung des Mehrwertsteuersystems am 1. Jänner 1969 hat den Preisauftrieb zusätzlich verstärkt. Die Verbraucherpreise stiegen in den ersten drei Quartalen 1969 mit einer durchschnittlichen Rate von 7 1/2%. Trotz Abschwächung der Inlandsnachfrage expandierten die Importe rascher als im Vorjahr. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß sich ausländische Güter weniger stark verteuerten als heimische. Sowohl *Belgien* als auch die *Niederlande* gehörten im Herbst zu den „aufwertungsverdächtigen“ Ländern. Ähnlich wie in *Österreich* spielten dabei deutscher Importanteil und Preisentwicklung eine Rolle. Deutschlands Anteil an den Importen betrug 1968 in *Belgien* 21%, in den *Niederlanden* etwa 25%. In beiden Ländern ist der Preisauftrieb beträchtlich, doch wurde gegen eine Aufwertung entschieden. In den *Niederlanden* dürfte sich die Inlandsnachfrage im kommenden Jahr weiter abschwächen, auch von der Auslandsnachfrage wird die Preisentwicklung weniger Auftrieb erhalten. In *Belgien* stehen gegenwärtig Steuermaßnahmen zur Diskussion, die die Konjunkturüberhitzung dämpfen sollen.

Auch in der *Schweiz* haben sich von den inländischen Nachfragenkomponenten die Investitionen (Brutto-Anlageinvestitionen +8 1/2% nach +3 1/2% 1968) besonders kräftig belebt. Eines der Schwergewichte der Investitionstätigkeit liegt im Wohnungsbau. Dazu trug auch bei, daß der Wohnungsbau nicht wie in anderen Ländern durch ein hohes Zinsniveau gedämpft wurde, da der Zinsanstieg in der *Schweiz* relativ mäßig war. Daneben expandierten auch die anderen Investitionsbereiche rasch. Der private Konsum stieg nicht so stark (4% nach 2 1/2% 1968). Obwohl der Arbeitsmarkt ganz ausgeschöpft war, konnte die Industrieproduktion beträchtlich gesteigert werden. Der Preisauftrieb beschränkte sich, soweit bisher Daten vorliegen, in erster Linie auf die Großhandelspreise. Die Verbraucherpreise stiegen in den ersten drei Quartalen mit einer Jahresrate von 2 1/2%, etwa gleich stark wie im Vorjahr. Da der Importbedarf kräftig wuchs und die *Schweiz* fast ein Drittel ihrer Importe aus der Bundesrepublik *Deutschland* bezieht, werden direkte Auswirkungen der DM-Aufwertung auf das *Schweizer* Preisniveau nicht ausbleiben. Der bisherige und der in Zukunft erwartete konjunkturelle Preisauftrieb schien aber dennoch eine Paritätsän-

derung des Schweizer Frankens nicht erforderlich zu machen.

In den nordischen Ländern hat sich das Wachstum im abgelaufenen Jahr vor allem auf Grund der Auslandsnachfrage beschleunigt. Die Inlandsnachfrage entwickelte sich in den einzelnen Ländern unterschiedlich. *Schweden* konnte im abgelaufenen Jahr das Exportwachstum beschleunigen (1968: 9,0%, I. Quartal 1969: 13,1%, II. Quartal: 18,0%, III. Quartal: 11,1%), dazu belebte sich die Inlandsnachfrage merklich. Der Arbeitsmarkt ist weitgehend ausgeschöpft, der Preisaufrtrieb verstärkte sich, liegt aber bei den Verbraucherpreisen noch unter einer Jahresrate von 3%. Auch *Dänemark*, dessen Exporte 1968 nur um 4,4% wuchsen, erzielte 1969 viel höhere Zuwachsraten (I. Quartal 12%, II. Quartal 20%, Juli 8%, August 4%). Infolge der hohen Inlandsnachfrage nahmen jedoch die Importe noch rascher zu. In den ersten acht Monaten des abgelaufenen Jahres stieg daher das Handelsbilanzdefizit im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres von 419 Mill. \$ auf 540 Mill. \$. In *Norwegen* belebte sich der private Konsum, dagegen hielt die Investitionsflaute an. Nachdem bereits 1968 um 9% weniger investiert wurde als 1967, rechnet man 1969 abermals mit einem Rückgang um 2%. Norwegens Importwachstum war daher viel geringer als das seiner Nachbarländer (I. Quartal 0,4%, II. Quartal 0,9%). Das Exportwachstum verstärkte sich dagegen auch in Norwegen, so daß das Handelsbilanzdefizit verringert werden konnte.

1970: In der Weltwirtschaft ist Abschwächung des Wachstums, aber keine Rezession zu erwarten

In Westeuropa wird sich im kommenden Jahr der steile Anstieg der Investitionsnachfrage vor allem in den großen Ländern nicht mehr im gleichen Ausmaß fortsetzen. Der Kostenauftrieb und die konjunktur-

dämpfende Wirtschaftspolitik engen den Finanzierungsspielraum ein. Die Unternehmererwartungen weiterer Absatzsteigerungen dürften weniger günstig sein. Auf der anderen Seite werden viele für 1969 geplante Investitionen wegen hoher Auftragsbestände und langer Lieferfristen erst 1970 durchgeführt werden können. Der private Konsum wird in den meisten Ländern Westeuropas zumindest gleich stark wachsen wie 1969, da die Lohnsumme weiter kräftig steigen wird. Von der Gesamtnachfrage ist daher in Westeuropa nur ein leicht dämpfender Einfluß zu erwarten. Der Expansionsspielraum wird von der Angebotsseite viel stärker eingeengt, da sowohl technische Kapazitäten als auch Arbeitsmärkte bereits an der Jahreswende voll ausgeschöpft sind. Relativ stärker als in anderen Ländern Westeuropas wird sich das Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich abschwächen. Das für 1970 prognostizierte Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in der Bundesrepublik Deutschland (4½%) liegt zwar beträchtlich unter den Raten von 1968 und 1969, aber nur knapp unter der durchschnittlichen Rate von 1961 bis 1969 (4,7%). In Italien ist eine weitere Beschleunigung des Wachstums wahrscheinlich.

In den Vereinigten Staaten könnte das Wachstum im kommenden Jahr zumindest vorübergehend zum Stillstand kommen, wenn die restriktive Wirtschaftspolitik konsequent beibehalten wird. Das Wachstum in Großbritannien wird sich etwas beschleunigen, jedoch unter dem Durchschnitt der westlichen Industrieländer bleiben. Auf Grund der Entwicklung in den einzelnen Ländern ist 1970 für alle OECD-Länder eine Wachstumsrate von 3½% nach 5% im Jahre 1969 und für die europäischen OECD-Länder eine Rate von 4½% nach gut 6% zu erwarten.

Anton Stanzel